

# Linke Politik für einen sozial-ökonomischen Richtungswechsel

Kernprojekt ist ein groß angelegtes längerfristiges, öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm, das reale Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau einleitet und zusätzliche Beschäftigung ermöglicht.

Matthias W. Birkwald, Axel Gerntke, Ralf Krämer

36



## 1. Resultate des neoliberalen Entwicklungspfades

Seit knapp vier Jahrzehnten wird die Entwicklung Deutschlands wie der gesamten kapitalistischen Welt durch die fortschreitende Durchsetzung neoliberaler und neokonservativer Politik geprägt. Wirtschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung, Stärkung des Finanzkapitals, Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Umverteilung von unten nach oben sind die Hauptrichtungen. Der Zusammenbruch der DDR und des realsozialistischen Staatensystems haben diesem kapitalistischen Vormarsch weiteren Spielraum gegeben und die Defensive der ArbeiterInnenbewegung und der Linken verstärkt.

Die Resultate sind aus Sicht der arbeitenden Klassen und der Mehrheit der Menschen objektiv desaströs. Die wirtschaftliche Entwicklung war in den kapitalistischen Zentren schwächer und krisenhafter als zuvor. Zugleich vollzog sich eine fortschreitende Umverteilung zugunsten der Profite und Vermögenseinkommen, noch verstärkt durch Steuersenkungen zugunsten der Reichen und der Unternehmen. Die Masseneinkommen blieben immer weiter zurück; in Deutschland stagnieren sie preisbereinigt seit über 30 Jahren.

Die Realeinkommen der schlechter bezahlten und der Sozialleistungen beziehenden Teile der Bevölkerung sanken sogar deutlich. Die Arbeitslosigkeit bewegte sich auf anhaltend hohem Niveau. Reguläre Vollzeitbeschäftigung und Tarifbindung nehmen ab, prekäre, ungesicherte und niedrig entlohnte Beschäftigung und ungünstige Arbeitszeiten breiten sich aus. Die Bedrohung durch Armut und soziale Ausgrenzung frisst sich durch wachsende Teile der Bevölkerung. In den Betrieben steigen die Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten, Druck und Stress. Auch die ökologischen Schäden und Bedrohungen spitzen sich weltweit weiter zu.

Sozialstaatliche Errungenschaften wurden demontiert. Gesundheitswesen, Alterssicherung, Hochschulen und Bildungseinrichtungen sind zunehmendem Privatisierungsdruck unterworfen. Öffentliches Eigentum und Infrastrukturen wie Post und Telekommunikation, Verkehrsunternehmen, Elektrizitätsversorgung, Wohnungsunternehmen, Banken, Industrieunternehmen wurden in großem Umfang privatisiert und kapitalistischer Konkurrenz ausgesetzt. In Deutschland sank die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten in den vergangenen 20 Jahren um mehr als zwei Millionen. Die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt - die sog. Staatsquote - wurden gesenkt, im Gefolge der Agenda 2010 von über 48 auf unter 44 Prozent; 44,5 Prozent ist die offizielle Zielmarke nach krisenbedingtem Wiederanstieg. Die Staatsschuldenquoten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stiegen dennoch wegen Steuersenkungen und seit 2008 wegen Bankenrettungen und Kosten der Krise stark an; in Deutschland verdoppelte sich die Schuldenquote seit 1991 von 40 auf über 80 Prozent.

Für die kapitalistischen Klassen war die neoliberale Konterrevolution sehr erfolgreich. Der Fall der Profitrate wurde aufgehalten und ein Stück weit umgekehrt. Die Gewinne und Vermögenseinkommen in Deutschland haben sich seit 1980 nach Abzug der Preissteigerungen mehr als verdoppelt. Der Anteil des reichsten Prozents und noch mehr der des

reichsten Tausendstels der Bevölkerung und der Superreichen an den Einkommen und am Vermögen stieg stark an. Mittlerweile besitzen in Deutschlands die MillionärInnen über ein Drittel des gesamten Vermögens, erheblich mehr als die gesamte öffentliche Verschuldung beträgt.

## 2. Große Krise und schwache Gegenkräfte

Der tiefe Kriseneinbruch 2008 und 2009 hat nur zu einer vorübergehenden Schwächung des Neoliberalismus geführt. Es gab eine Kurskorrektur hin zu einer wieder stärkeren Betonung staatlicher Eingriffe und Regulierung - allerdings im Sinne einer zunehmend autoritären Festigung der Herrschaft des Groß- und Finanzkapitals. Die Krise des Euro-Raums nutzen die herrschenden Klassen unter Führung der deutschen für einen verschärften Klassenkampf von oben, um soziale Errungenschaften und Rechte der Lohnabhängigen in Europa wegzufegen.

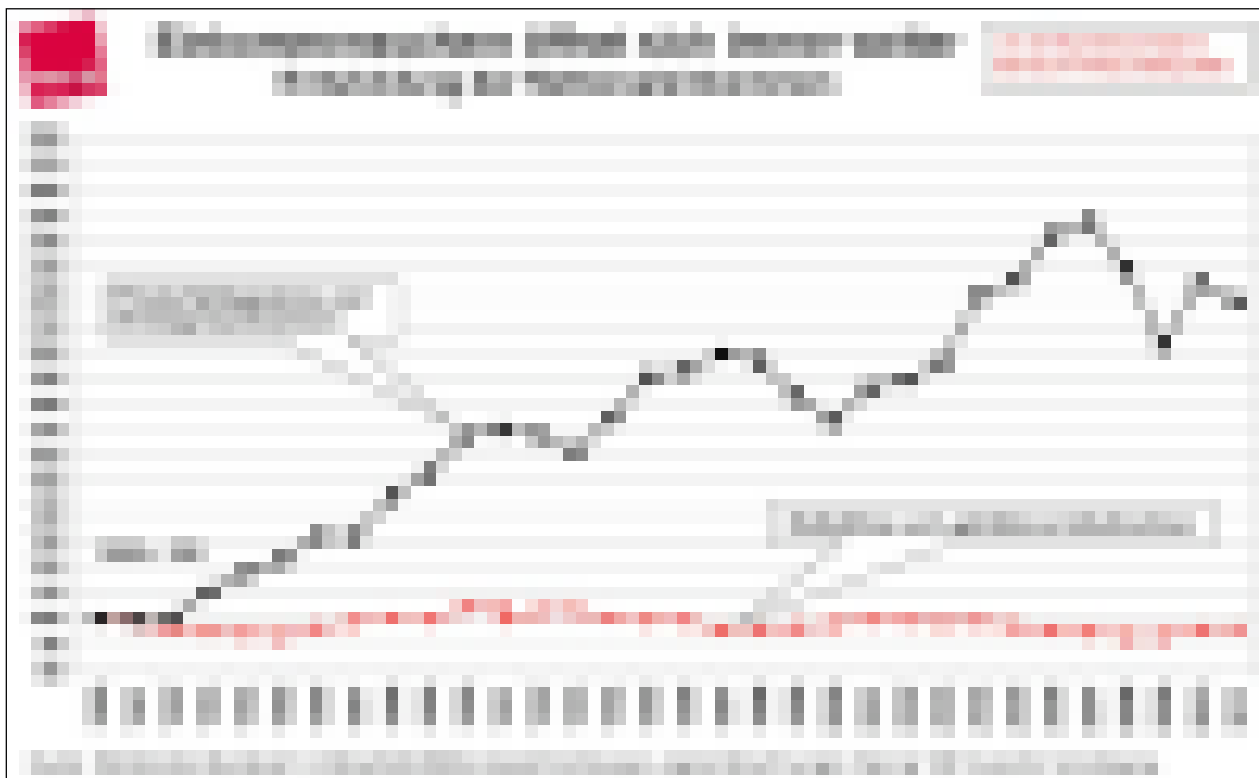
Die Krise des neoliberalen Entwicklungspfades des Kapitalismus und einer verfehlten wettbewerbsstaatlichen Konstruktion der EU wird propagandistisch umgedeutet zu einer Staatsschuldenkrise durch zu hohe Ausgaben. Die neoliberal-kapitalistische Herrschaft wird in den übernationalen Strukturen zementiert und nahezu unangreifbar gemacht, Demokratie wird zur Fassade. Die Verschärfung der Krise und soziale Katastrophen in weiten Teilen der EU nehmen die herrschenden Kreise billigend in Kauf.

In den von Krise, Sozial- und Demokratieabbau heftiger betroffenen Staaten gibt es großen Widerstand. Doch den linken sozialistischen Kräften gelang es bisher nur in wenigen Ländern stärker zu werden, in anderen sind sie sogar schwächer geworden. In mehreren Ländern haben rechtspopulistische oder gar faschistische Gruppierungen die Probleme als national, ethnisch oder religiös bedingt darstellen und den Protest für sich nutzen können.

Die ökonomische und politische Macht liegt beim Kapital und den politischen Eliten in den zentralen Staaten der EU, insbesondere in Deutschland. Ohne einen Richtungswechsel hierzulande und im ersten Schritt eine Abkehr von der bisherigen neoliberal bestimmten Politik wird sich keine positive Perspektive für Europa entwickeln und durchsetzen lassen.

Doch in Deutschland sitzen - wie in den meisten EU-Staaten - neoliberale und kapitalorientierte Kräfte weiterhin fest im Sattel. Sozialdemokratie und Grüne beschränken sich auf Forderungen nach Modifikationen innerhalb des neoliberalen Rahmens, für eine Gegenposition fehlen ihnen die Orientierung, die Kraft und der Mut. Es gibt hierzulande bisher auch keine breite Protestbewegung. Die Lohnabhängigen nehmen die Krise irgendwie als Dauerzustand wahr, eine akute Zuspitzung gibt es in der Breite bislang nicht. Immer mehr Menschen üben Kritik am Kapitalismus und zunehmender Ungerechtigkeit, sehen aber keine realistische und durchsetzbare Alternative, für die zu kämpfen sich lohnen würde.

Die herrschende Politik ist sich einig: Gerade im Vergleich mit den europäischen Nachbarn könne „Deutschland“ sich glücklich schätzen. Geringe Arbeitslosenquoten, Exportüber



schüsse und ein relativ hoher Lebensstandard kennzeichneten die Situation. Union und FDP einerseits und SPD und Grüne andererseits wetteifern nur noch darum, wem dieser vermeintliche Erfolg zu verdanken sei. Während die Mehrheiten bei SPD und Grünen sich rühmen, mit der Agenda 2010 einen Paradigmenwechsel durchgesetzt zu haben, reklamieren Union und FDP Erfolge für sich, da die schwarz-gelbe Regierung Deutschland durch „schwieriges Fahrwasser“ geleitet habe.

39

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass die Lage wesentlich komplizierter ist. Die gesamte Erwerbslosigkeit und Abhängigkeit von Hartz IV ist erheblich höher als die Arbeitslosenzahlen zeigen. Die soziale Absicherung der Erwerbslosen wurde durch die Hartz-Gesetze massiv verschlechtert. Der Druck auf die Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen ist sehr groß. Prekäre, ungeschützte Beschäftigung ist weiter auf dem Vormarsch, soziale Schutzrechte und Sicherheiten werden untergraben. Viele Menschen ringen individualisiert um ihr Leben. Allgemeine gesellschaftliche Fragen, aber auch Fragen was, zu welchem Zweck unter welchen Bedingungen produziert werden soll, treten in den Hintergrund.

### 3. Aufgabe der LINKEN: Politik für bessere Kräfteverhältnisse

Aus dieser Situation ergeben sich für DIE LINKE Aufgaben und Chancen. Allgemein bestimmt das Parteiprogramm diese wie folgt: „Die nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Krise und der Massenerwerbslosigkeit, der sozialen Krise und der Energie- und Klimakrise erfordert eine *andere Wirtschaftsordnung*, die nicht mehr vom Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Als erster Schritt ist ein *grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig*, ein sozial-ökologischer Umbau.“ Und: „Die *strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen*, um eine solidarische



Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“ Was bedeutet das unter den gegebenen Bedingungen? DIE LINKE muss zum einen *Sprachrohr für den Protest* gegen die herrschenden Verhältnisse sein und das Bedürfnis nach einer grundlegend veränderten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ausdruck bringen, die nicht mehr vom kapitalistischen Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Sie muss aber zugleich *realisierbare Alternativen aufzeigen und vertreten*, für die mit gewissen Erfolgsaussichten gekämpft werden kann, und damit Druck machen in der Öffentlichkeit und gegenüber den anderen politischen Kräften. Sie muss deutlich machen, dass die *Stärkung der LINKEN* als aktive Partei in den Bewegungen und Gemeinden, Organisationen und Kämpfen und in den Parlamenten wichtig ist, um Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen durchzusetzen.

Es geht um ein *mittelfristiges Projekt mit Reformalternativen*, die Interessen der Mehrheit zum Ausdruck bringen und für die wirksame gesellschaftliche Kämpfe organisiert werden können. DIE LINKE muss *gemeinsame soziale Interessen* derjenigen artikulieren, die von ihrer eigenen Arbeitskraft bzw. der ihrer Familienangehörigen leben müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Also Interessen an guter Arbeit, gutem Einkommen und guten Lebensbedingungen, die im Konfliktfall gegen Interessen der kapitalistischen Klasse durchgesetzt werden müssen.

Nur wenn die arbeitende Klasse im weiten Sinne, die eine breite Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, in zunehmendem Maße diese Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennt und dies politisch wirksam wird, ist es möglich, eine andere Entwicklungsrichtung durchzusetzen und so auch Ausgangsbedingungen für weitergehende demokratisch-sozialistische Umgestaltungen zu schaffen. Es muss der LINKEN also immer auch darum gehen zu fördern, dass so etwas wie ein *Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen* sich wieder verstärkt herausbildet. Nur so, im Ergebnis von Klassenkämpfen und veränderten Kräfteverhältnissen werden die Konzepte, gesellschaftlichen Akteure und Mehrheiten für Alternativen zum Kapitalismus entwickelt.

Demokratische Reformalternativen für einen Richtungswechsel sind etwas anderes als eine Ansammlung von Zielen und Forderungen nach dem Motto „*Wünsch dir was*“ und „*Wie hätten Sie's denn gern?*“. Die beste linke Forderung ist diejenige, die die meisten Menschen anspricht und für linke Positionen und die Unterstützung der LINKEN überzeugt und mobilisiert, nicht unbedingt die radikalste. Die Forderungen müssen ökonomisch realisierbar und geeignet sein, Interessen zu verbinden und Kräfte zu sammeln, breite Bündnisse zu bilden und in Bewegung zu bringen, aus Gewerkschaften und anderen Teilen der Gesellschaft, die Interesse an einem Richtungswechsel haben. Das gilt auch bei Forderungen zur Höhe des Mindestlohns, der Mindestrente oder Mindestsicherung.

Linke Forderungen können und müssen dabei *am Bewusstsein und den Einstellungen der Lohnabhängigen anknüpfen*, insbesondere an ihrem Gerechtigkeitsgefühl. Mittlerweile betrachten fast 90 Prozent die Einkommensunterschiede als zu groß. Fast 60 Prozent unter

stützen, dass Einkommen nicht allein von der individuellen Leistung abhängen soll, sondern alle genug für ein anständiges Leben haben sollten. 60 Prozent halten aber zugleich Unterschiede im Einkommen und sozialen Status als Leistungsanreize für unverzichtbar.<sup>1</sup> Dass eigene Arbeit sich auszahlen muss in entsprechenden Einkommen sowie Ansprüchen auf soziale Leistungen und Sicherheiten ist eine grundlegende und berechnete moralische Auffassung der arbeitenden Klassen.

#### 4. Kernpunkte für einen Richtungswechsel

Was sind nun die zentralen Inhalte des notwendigen sozial-ökonomischen Richtungswechsels in Deutschland? Die wesentlichen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte müssen korrigiert werden. Erforderlich ist eine Ausweitung der Binnennachfrage und der auf den inländischen Bedarf gerichteten Beschäftigung. Nötig ist dazu eine Steigerung der Lohnquote, insbesondere der niedrigen Löhne, und der Staatsquote, also der öffentlichen Investitionen und Personalaufwendungen und der Sozialleistungen. Die riesigen Exportüberschüsse Deutschlands sind ökonomisch und international nicht dauerhaft tragfähig und eine Hauptursache der Euro-Krise. Die effektiv durchgesetzten - nicht die nur tariflich geforderten - Lohnzuwächse sollten deshalb für die nächsten zehn Jahre bei mindestens vier Prozent pro Jahr liegen.

Im Mittelpunkt steht einerseits ein *Politikwechsel auf dem Arbeitsmarkt*: Re-Regulierung gegen Lohndumping und gegen Prekarisierung, für eine soziale Ordnung und eine Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse und die Stärkung der Gewerkschaften. Erforderlich ist zudem ein neuer Anlauf sozialer, humaner und beschäftigungswirksamer Verkürzung und Gestaltung der Arbeitszeiten. Und andererseits ein *finanzpolitischer Kurswechsel*: gezielte Mehrausgaben und Ausweitung des Sozialstaats statt Kürzungspolitik. Mit diesen Forderungen hat DIE LINKE ein klares Alleinstellungsmerkmal.

*Kernprojekt ist ein groß angelegtes längerfristiges, öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm*, das reale Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau einleitet und zusätzliche Beschäftigung ermöglicht. Wesentliche Felder sind Energieerzeugung und -einsparung, Öffentlicher Personennah- und -fernverkehr sowie der Bildungsbereich, Gesundheit und Soziales. Das Programm gibt zugleich massive Nachfrageimpulse für die privaten Unternehmen und Haushalte. Erforderlich ist ein großer Investitionsschub für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Lebensweise, ein Umbau weiterer Teile des gesellschaftlichen Sachvermögens: Produktionsanlagen, Wohnungen, öffentliche Gebäude und Infrastruktur.

Erforderlich sind die *Ausweitung und Besserstellung sozialer Dienstleistungen in Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen, sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Stopp und Rücknahme von Privatisierungen*. Das schafft neue Arbeitsplätze, die tariflich bezahlt und gestaltet sein müssen, und zugleich die sozialen Voraussetzungen höherer Frauen- und Elternerwerbstätigkeit sowie eine professionelle und finanzielle Aufwer-

<sup>1</sup> Vgl. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 48, Juli 2012.

tung dieser bisher vor allem von Frauen geleisteten Arbeit. Dies wird auch auf die privaten Dienstleistungsbereiche und die gesamten Beschäftigungsbedingungen von Frauen ausstrahlen. Es geht um den Übergang von der bisherigen „Low-Road“ zu einer an skandinavischen Beispielen orientierten „High-Road“ der Dienstleistungsbeschäftigung.

Die Absicherung sozialer Risiken und die Altersvorsorge ist sozialstaatlich und insbesondere durch die Verallgemeinerung, *Leistungsverbesserung und verstärkt solidarische Ausgestaltung der Sozialversicherungen* zu leisten. Und zwar paritätisch finanziert, auf dem Wege der Umlagefinanzierung, ohne Kapitaldeckung und Finanzmärkte. Zugleich sind die steuerfinanzierten *Mindestsicherungen sanktionsfrei und armutsvermeidend* auszugestalten.

Erforderlich ist eine solide und sozial gerechte dauerhafte Finanzierung durch *höhere öffentliche Einnahmen*, vor allem durch eine Abschöpfung großer Privatvermögen und stärkere Besteuerung finanzkräftiger Unternehmen und hoher Einkommen: *Reichtum besteuern!* Durch eine „Millionärsabgabe“ ist auch in die Vermögenssubstanz umverteilend einzugreifen. Das ist auch der beste Weg zum Abbau übermäßiger öffentlicher Verschuldung.

Der *Finanzsektor* muss *strikt öffentlich reguliert* werden, öffentliche und genossenschaftliche Banken sind zu stärken. Wo sich Möglichkeiten dazu ergeben, sind Privatbanken in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle zu überführen.

In der *EU ist eine Abkehr vom Neoliberalismus* und von der krisenverschärfenden Politik der Lohn- und Sozialkürzungen nötig. Die Regelungen zur Finanzierung hoch verschuldeter EU-Staaten sind solidarisch, demokratisch und unter Umgehung der Finanzmärkte neu zu fassen, ebenso die Verordnungen zur makroökonomischen Koordinierung. Wir wollen eine andere Europäische Union, mit neuen EU-Verträgen, die nicht mehr die „Binnenmarktfreiheiten“ in den Mittelpunkt stellen, sondern einen Vorrang sozialer und ökologischer Kriterien und eine umfassende Demokratisierung der Strukturen der EU verankern.

42

## 5. Gute Arbeit - gute Löhne

Im Mittelpunkt des Anspruchs der Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben steht für Männer und Frauen die Erwerbstätigkeit. Massenarbeitslosigkeit schwächt zudem nachhaltig die Position der Beschäftigten wie der Erwerbslosen gegenüber dem Kapital und verursacht große finanzielle Belastungen für den Sozialstaat. Der *Kampf gegen Massenerwerbslosigkeit und für Vollbeschäftigung* ist und bleibt deshalb für DIE LINKE ein unverzichtbares Kernelement ihrer Politik. Entscheidend ist aber ebenso die *Qualität* der Erwerbstätigkeit. Ziele sind also „gute Arbeit“ und „gute Löhne“. Doch was ist das?

Einen „gerechten Lohn“ kann es im Kapitalismus ebenso wenig geben, wie faire Arbeitsbedingungen. Die Finanzmärkte durchdringen mit kurzfristigen Renditevorgaben alle Lebensbereiche und modeln diese entsprechend um. Gleichwohl steht die Politik vor der Wahl, ob sie sich den Vorgaben der Finanzmärkte unterwirft, oder versucht gegenzusteuern und





Elemente einer alternativen Logik zu etablieren. Voraussetzung hierfür ist eine gesellschaftliche Mobilisierung, die vorhandene fortschrittliche Ansätze innerhalb der Bevölkerung und insbesondere innerhalb der abhängig Beschäftigten aufgreift und weiter entwickelt.

Die meisten Menschen haben eine vage, allerdings unterschiedliche Vorstellung, was unter „Guter Arbeit“ zu verstehen ist. Gleichwohl sind in den tarif- und betriebspolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer wieder auch von Beschäftigten als solche empfundene, (subjektive) gemeinsame Interessen zutage getreten:

Hier ist als erstes die *Arbeitsplatzsicherheit* zu nennen. Nahezu alle Formen prekärer Beschäftigung stehen der Arbeitsplatzsicherheit entgegen. Für viele, gerade Ältere, besteht nahezu keine Möglichkeit, aus der Arbeitslosigkeit heraus eine gute Arbeit zu erlangen. Bereits deswegen und wegen der schlechten sozialen Sicherung Erwerbsloser wächst das Interesse, einen einmal erlangten Arbeitsplatz zu behalten.

„Gute Löhne“: Generell besteht das Interesse, „gut“ zu verdienen. Generell dürfte „als Untergrenze“ der Anspruch bestehen, durch die Erwerbsarbeit die eigene Existenz materiell abzusichern. Je nach Ausbildungsgrad und Qualifikation soll diese Grenze deutlich über



schritten werden. Hinzu kommt: Das Einkommen sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Ertrag des Unternehmens und zur gesellschaftlichen ökonomischen Entwicklung stehen. Wenn die Profite steigen, haben die wenigsten dafür Verständnis, dass die Reallöhne sinken, auch wenn beides miteinander im Zusammenhang steht.

*Arbeitsbedingungen:* Die Anforderungen der Tätigkeit müssen der jeweiligen Qualifikation und Leistungsfähigkeit angepasst werden. Nicht nur körperliche, auch psychische Belastungen müssen berücksichtigt, ggf. auch vermieden werden. Altersbedingte Veränderungen der Leistungsfähigkeit müssen berücksichtigt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Arbeitskraft nicht kurzfristig vernutzt wird. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass die Beschäftigten nicht zerschlagen in Rente gehen, sondern auch ein gutes Leben im Alter führen können.

Dies beinhaltet auch eine entsprechende Gestaltung der Arbeitszeiten. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, flexibel entsprechend ihrer Bedürfnisse in den Ruhestand gehen zu können. Eine solche flexible Lebensarbeitszeit bedarf aus gesundheits- und beschäftigungspolitischen Gründen ihrer Ergänzung durch stärker regulierte Wochen- und Tagesarbeitszeiten.

Bestandteil guter Arbeit muss zudem die „Sinnhaftigkeit“ der Arbeit sein. Produktion und Dienstleistungen müssen der Gesellschaft dienlich sein. Darüber, was der Gesellschaft dienlich ist, bedarf es einer demokratischen Debatte, in die die Beschäftigten einzubeziehen sind, und demokratischer Entscheidungsstrukturen.

*Soziale Sicherung:* Gute Arbeit zeichnet sich auch dadurch aus, dass mit ihr soziale Sicherungsstandards verbunden sind, die nicht nur auf Armutsvermeidung und Minimalabsicherung zielen. Im Falle, dass die Arbeit nicht erbracht werden kann, muss der Lebensstandard erhalten bleiben.

Um erste Schritte zur Umsetzung und Konkretisierung der vorgenannten Kriterien gehen zu können, bedarf es mit Blick auf die nächste Legislaturperiode eines **Aktionsprogramms Gute Arbeit – Gute Löhne**, das zum einen darauf zielt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, zum anderen, die Handlungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften auszubauen. Eckpunkte eines solchen Programms sind:

- *Absicherung Erwerbsloser:* Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I, sanktionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung, Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndumping schützen, anstatt es zu fördern.
- *Zurückdrängung prekärer Beschäftigung:* Generelle Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungspflicht für alle Beschäftigungsformen; Abschaffung der Sonderregeln für Mini- und Midijobs; Abschaffung von Befristungen ohne sachlichen Grund; Verbesserung des Kündigungsschutzrechts; equal pay und equal treatment bei der Leiharbeit

sowie Wiedereinführung des Synchronisationsverbots als Zwischenschritt zum Verbot der Leiharbeit; Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Praktika; verschärfte Regelungen und Kontrollen gegen Scheinselbstständigkeit; Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte bei Einstellungen und Kündigungen; stärkere staatliche Durchsetzung der bestehenden Gesetze (Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Übertragung von Kontrollkompetenzen von der Bundesagentur für Arbeit auf den Zoll.)

- *Verbesserung der Einkommen:* Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im ersten Schritt in Höhe von zehn Euro brutto, der auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen stärkt; Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen; Stärkung weiterer Gewerkschaftsrechte, die das Lohnniveau positiv beeinflussen: Verbot der Aussperrung, Wiedereinführung von Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung, umfassendes Verbandsklagerecht, umfassende Gewerkschaftsrechte in Tendenzbetrieben, insbesondere bei den kirchlichen Arbeitgebern.
- *Begrenzung und soziale Gestaltung der Arbeitszeiten:* Senkung der gesetzlich zulässigen durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden; weniger Ausnahmeregelungen und stärkere Kontrollen; Begrenzung gesundheitsschädlicher und unsozialer Arbeitszeiten; Stärkung der Rechte von Eltern und Pflegenden in Bezug auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeiten.
- *Ausbau demokratischer Betriebs- und Unternehmensstrukturen:* Genereller Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, auch bei sogenannten unternehmerischen Entscheidungen; neue Unternehmensmitbestimmung, so dass reale Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerseite gegeben sind.

## 6. Solidarische Soziale Sicherung

Die Sozialversicherungen sind die zentralen Standbeine des deutschen Sozialstaats. Sie sorgen dafür, dass der Kampf um gute Löhne und gute Arbeit im Falle von Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflege nicht plötzlich bedeutungslos wird. Der einmal über den Arbeitsmarkt erreichte Lebensstandard soll weitgehend erhalten bleiben, auch wenn die Einzelnen aus gesundheitlichen, arbeitsmarktbedingten oder altersbezogenen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein können oder müssen.

Diese Doppelstruktur will DIE LINKE erhalten, oder, genauer gesagt, wieder herstellen: Erstens soll die soziale Sicherung an den Kampf um die Primärverteilung (zwischen Kapital und Arbeit) gekoppelt bleiben. Und zweitens soll sie die Früchte dieses Kampfes auch in den Phasen erhalten, in denen die Menschen gerade nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind.

Dieser Ansatz steht vor zwei Herausforderungen: Die eine besteht darin, dass sowohl die Primär-, also die Markteinkommen, immer ungleicher verteilt werden als auch die Sozialversicherungen bereits seit mehr als zwanzig Jahren immer weiter vom Ziel der Lebensstandardsicherung entrückt worden sind. Miese Löhne auf dem Arbeitsmarkt ergeben eben auch schlechten Schutz in den Sozialversicherungen. Und ständige Abstriche an

der Arbeitslosenversicherung und an der Rente führen eben selbst bei durchschnittlichen Einkommen zu immer schlechterer sozialer Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass aus der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der damit verbundenen Zunahme prekärer Beschäftigung von verschiedenen Seiten geschlussfolgert wird, dass die soziale Sicherung möglichst weitgehend vom Arbeitsmarkt und damit vom Kampf um die Primäreinkommen entkoppelt werden soll. Vorschläge wie das Bedingungslose Grundeinkommen stellen hierbei die radikalste Variante dar. Andere Vorschläge blicken auf die inzwischen politisch willkürlich in ihrer Wirkung stark beschädigten Sozialversicherungen und schlagen vor, sie möglichst weitgehend durch private Vorsorge zu ergänzen.

Während das Bedingungslose Grundeinkommen einem Abschied vom Kampf um die Primäreinkommen gleich käme und die Finanzierungsfrage in potenziertem Größenmaßstab auf das Steuersystem verlagerte, bedeutete die Privatisierung einen Abschied aus jeglicher Solidarität.

Die private Riester-Rente ist hierfür ein warnendes und abschreckendes Beispiel: Mit Unmengen staatlicher Mittel gefördert erreicht sie nicht einmal das für sie vorgesehene Ziel, das politisch willkürlich abgesenkte, gesetzliche Rentenniveau auszugleichen. Solidarität – wie sie die gesetzliche Rente für Zeiten der Erziehung, der Arbeitslosigkeit und für die Erwerbsminderung kennt – ist der privaten Vorsorge fremd.

46

Die „Grundrente“ ist der Versuchsballon des Grundeinkommens auf dem Gebiet der Alterssicherung. Eine Grundrente bedeutet ebenfalls, den Kampf um die Markteinkommen, um gute Arbeit und gute Löhne preiszugeben. Die Grundrente ist eine *Einheitsrente*, die politisch dem Ziel der solidarisch organisierten Lebensstandardsicherung den Garaus machen würde. Die Lebensstandardsicherung würde der kapitalgedeckten Privatvorsorge überantwortet.

*DIE LINKE will deshalb, dass die Lebensstandardsicherung und der solidarische Ausgleich wieder die zentralen Ziele der Sozialversicherungen werden. Lebensstandardsicherung bedeutet aber unweigerlich, dass jede und jeder sich ihren und seinen Lebensstandard zu guten Bedingungen erarbeiten können muss. Das ist das Zentrum, der Dreh- und Angelpunkt LINKER Sozialpolitik.*

Ein Mittel zu mehr Solidarität besteht darin, künftig *alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einzubeziehen*. Das bedeutet aber nicht, dass die Politik gegen die Armut damit an den Rand gedrängt würde. Im Gegenteil: Der Kampf gegen die Armut setzt vorbeugend an. Armut (im Alter) soll also gar nicht erst entstehen.

Deswegen ergibt es auch wenig Sinn, sich ständig und ausschließlich nur Gedanken darüber zu machen, ab welcher Grenze Armut beginnt. Die in der Wissenschaft diskutierten



Grenzen unterscheiden sich stark. Sie liegen derzeit für Alleinstehende zwischen 848 Euro und 1063 Euro netto. *Der zuweilen auch in der LINKEN verbissen geführte Kampf um die Höhe der Armutsgrenze verkennt zudem völlig, dass Armut mehr ist als nur ein Mangel an Einkommen:* Sie ist auch und insbesondere ein Mangel an Bildungschancen, an gutem Wohnraum, an guter Ernährung oder auch kultureller Teilhabe. Diese Probleme lassen sich allein weder mit 848 Euro noch mit 1050 Euro oder mit 1063 Euro lösen.

Armut muss verhindert werden. Und gleichzeitig muss bereits entstandene Armut, die nicht mehr über künftig bessere Arbeit und bessere Löhne verhindert werden kann, gezielt bekämpft werden. Das ist Ziel der *Solidarischen Mindestrente*. Anders als Grundrentenmodelle will sie die gesetzliche Rentenversicherung nicht ersetzen. Sie soll sie so lange wie nötig und so gut wie möglich ergänzen. Und laut Erfurter Programm an diejenigen gezahlt werden, deren geringe Einkommen und Vermögen ansonsten zu einem Leben unter der Armutsgrenze führen würden. Zudem wollen wir die gesetzliche zu einer solidarischen Rentenversicherung umbauen, in der alle Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden versichert sein werden. ▽

